

Antrag (Alternativantrag)

der Fraktionen der CDU, des BSW und der SPD

zu dem Antrag der Fraktion der AfD

- Drucksache 8/135

Abschaffung der CO₂-Steuer – Thüringen muss sich für ein Ende der ideologische forcierten Teuerung einsetzen

Aussetzung der Erhöhung der CO₂-Abgabe 2025

I. Der Landtag stellt fest, dass

- 1. die Steigerung der Energiekosten sowohl Unternehmen als auch Bürger enorm belastet und einkommensschwache Haushalte besonders stark belastet, so dass ein sozialer Ausgleich erforderlich wird;**
- 2. die CO₂-Bepreisung in ihrer aktuellen Form die mit ihr intendierte Lenkungswirkung hin zur CO₂-Einsparung bisher nicht hinreichend erfüllt, vor allem weil die Verlagerung CO₂-intensiver Wirtschaftszweige ins Ausland jede CO₂-Einsparung im Inland zunichtemacht (Carbon Leakage);**
- 3. eine weitere Erhöhung der CO₂-Abgabe in 2025, in Anbetracht der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage in Deutschland und Thüringen negative Auswirkungen auf den Standort hätte;**
- 4. es zur Vermeidung von Stellenabbau, Werkschließungen und Abwanderung und zur Aktivierung von Investitionen, positive Signale aus der Politik braucht und keine zusätzlichen Belastungen.**

II. Die Landesregierung wird deshalb gebeten, sich im Bundesrat und gegenüber der Bundesregierung für die Aussetzung der für 2025 geplanten Erhöhung der CO2-Abgabe einzusetzen.

Begründung

Die hohen Energiepreise stellen eine erhebliche Belastung für Bürger und Unternehmen dar. Zur Belastung trägt auch die CO2-Bepreisung bei, insbesondere, weil es bisher keinen sozialen Ausgleich gibt. In der gegenwärtigen wirtschaftlich angespannten Situation wäre jede weitere Steuerbelastung, insbesondere auf die ohnehin schon teuren Energieträger, ein schwerer Fehler und ein weiterer Nachteil für den deutschen und thüringischen Wirtschaftsstandort. Angesichts dessen wäre eine Aussetzung der Erhöhung der CO2-Abgabe für das Jahr 2025 geboten. Dass dies möglich ist, zeigt die erfolgte Aussetzung der für 2023 geplanten Erhöhung. Die unter anderem die im internationalen Vergleich sehr hohen Energiekosten gefährden Arbeitsplätze und Wohlstand. Viele Unternehmen halten Investitionen zurück oder erwägen die Verlagerung ins Ausland.

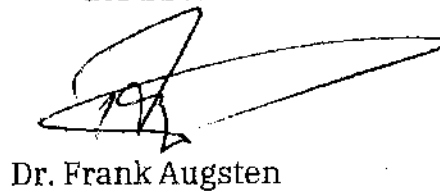
Gemeinsam mit hoher Steuerlast, überwältigender Bürokratie und dem Fachkräftemangel stellen die Energiepreise einen wesentlichen Wettbewerbsnachteil dar. Eine Steuererhöhung im Jahr 2025 käme zur Unzeit und wäre ein fatales Signal an Wirtschaft und Bürger.

Für die Fraktionen
der CDU



Andreas Bühl

des BSW



Dr. Frank Augsten

der SPD



Lutz Liebscher